

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,  
Lebensqualität**  
**Kurzprotokoll**  
30. Sitzung

**Berlin, den 18.03.2013, 13:15 Uhr**  
**Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**  
**Sitzungssaal: E 700**

**Vorsitz: Daniela Kolbe, MdB**

**-öffentlich-  
TAGESORDNUNG:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>S. 7</b>
<b>Tagesordnungspunkt 1</b>	<b>S. 9</b>
Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 5 hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)100	
<b>Tagesordnungspunkt 2</b>	<b>S. 28</b>
Bericht aus der Projektgruppe 2	
<b>Tagesordnungspunkt 3</b>	<b>S. 29</b>
Verschiedenes	



**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
 Montag, 18. März 2013, 13:15 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

<b>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>
<b><u>CDU/CSU</u></b>		<b><u>CDU/CSU</u></b>	
Bilger, Steffen	.....	Göppel, Josef	.....
Heider Dr., Matthias	.....	Klamt, Ewa	.....
Middelberg Dr., Mathias	.....	Klimke, Jürgen	.....
Nüßlein Dr., Georg	.....	Linnemann Dr., Carsten	.....
Vogelsang, Stefanie	.....	Murmann Dr., Philipp	.....
Zimmer Dr., Matthias	.....	Schön (St. Wendel), Nadine	.....
<b><u>SPD</u></b>		<b><u>SPD</u></b>	
Arndt-Brauer, Ingrid	.....	Groß, Michael	.....
Bulmahn, Edelgard	.....	Heil (Peine), Hubertus	.....
Kolbe (Leipzig), Daniela	.....	Kelber, Ulrich	.....
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	.....	Schaaf, Anton	.....
<b><u>FDP</u></b>		<b><u>FDP</u></b>	
Bernschneider, Florian	.....	Kauch, Michael	.....
Meierhofer, Horst	.....	Simmling, Werner	.....
Skudelny, Judith	.....	Vogel (Lüdenscheid), Johannes	.....
<b><u>DIE LINKE.</u></b>		<b><u>DIE LINKE.</u></b>	
Leidig, Sabine	.....	Birkwald, Matthias W.	.....
Lötzer, Ulla	.....	Bulling-Schröter, Eva	.....

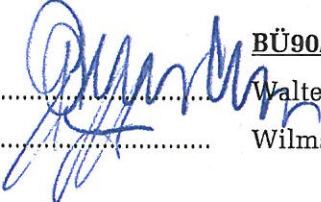
---

**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
**Montag, 18. März 2013, 13:15 Uhr**

---

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	.....
Gambke Dr., Thomas		Walter-Rosenheimer, Beate	.....
Ott Dr., Hermann	.....	Wilms Dr., Valerie	.....

Montag, 18. März 2013, 13:15 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

Carstensen Prof. Dr., Kai

Habisch Prof. Dr., André

Hassel Prof. Dr., Anke

Hexel, Dietmar

Hölz Prof., Hanns Michael

Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert

Betzüge  
Bracht van  
Brand

Habisch  
Hassel  
Hexel  
Hölz

Jänicke  
Jochimsen  
Miegel  
Müller

Paqué  
Reuter

Schmidt  
Schneidewind  
Wagner

off

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 18. März 2013, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:


CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Jana Henning	Linke	
Alexander Mishin	CDU/CSU	
Michael Popp		Michael Popp
Gisela Seitz	Grüne	G. Seitz
Matthias Zick	SPD	
Alexander Popp	SPD	
Annett Guliger	SPD	
JULIA MODES	FDP	



Beginn der Sitzung 13.17 Uhr

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Teilnehmer an dieser vorletzten Sitzung der Enquete-Kommission. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung öffentlich sei und live im Parlamentsfernsehen übertragen werde. Außerdem gebe es im Anschluss an die heutige Sitzung von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr die Möglichkeit, in einem Internetchat mit Kommissionsmitgliedern über den heute im Mittelpunkt der Sitzung stehenden Schlussbericht der Projektgruppe 5 zu diskutieren. Sie gratuliert weiterhin der Abg. Waltraud Wolff nachträglich zum Geburtstag.

Anschließend stellt sie fest, dass der Vermerk über das Obleutegespräch vom 12. März 2013 an alle Kommissionsmitglieder versandt worden sei. Nachdem es hiergegen keinen Widerspruch gibt, könne entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden. Sie erinnert außerdem daran, dass die Frist zur Einbringung von Sondervoten oder für den Beitritt von Kommissionsmitgliedern zu bereits vorgelegten Sondervoten der 28. März 2013 sei.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) merkt an, dass in einem Bericht des Magazins DER SPIEGEL behauptet werde, die Koalition würde sich für eine Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 69 Jahre einsetzen. Dies beziehe sich offensichtlich auf den in der letzten Sitzung behandelten Berichtsbeitrag der Projektgruppe 4. Dort sei jedoch nur allgemein auf den Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit eingegangen worden, ohne dass sich die Koalition für eine solche Heraufsetzung des Rentenalters ausgesprochen habe. Dies scheine eine Interpretation von DER SPIEGEL zu sein, die vielleicht im Zusammenhang mit Aussagen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stehen könnte.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) erläutert als Vorsitzende der Projektgruppe 4, dass in dem angesprochenen Berichtsbeitrag unter dem Punkt „Maßnahmen zur Begrenzung der demografiebedingten impliziten Verschuldung“ auf den Sachverständigenrat und die Rente mit 69 Jahren hingewiesen werde. Dort werde ausdrücklich gesagt, dass ein über 2029 hinausgehender schrittweiser Anstieg auf 69 Jahre bis 2060 die Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte voraussichtlich um 0,7 Prozentpunkte reduzieren würde. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, dass die

Oppositionsfractionen sich in einem Sondervotum dagegen ausgesprochen und ein eigenes Sondervotum zu diesem Thema vorgelegt hätten.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) erwidert, dass es weder zutreffend noch für ihn aus dem Berichtsbeitrag abzulesen sei, dass die Koalition sich die Position des Sachverständigenrates zu eigen machen würde, obwohl natürlich ein Zusammenhang gesehen werde zwischen der weiter steigenden Lebenserwartung und der Frage, ab wann man in Rente gehen könne.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) unterstreicht die Ausführungen seines Kollegen Abg. Dr. Nüßlein und weist darauf hin, dass die Aussage des Sachverständigenrates zwar wie zitiert im Bericht stehe, aber damit wie an so vielen Stellen im Bericht deskriptiv das aufgenommen werde, was unterschiedliche Experten zu den einzelnen Themen äußerten. Es wäre eine falsche Interpretation, dies als ureigene Position der Koalition aufzufassen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) bekräftigt die im genannten Sondervotum der Opposition beschriebene Position, dass eine Erhöhung des Rentenalters auf 69 Jahre für falsch gehalten werde.



### **Tagesordnungspunkt 1**

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 5  
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)100

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) führt aus, dass der Schwerpunkt der heutigen Sitzung die Beratung des Berichtsentwurfs der Projektgruppe 5 sei, die sich in den zurückliegenden Monaten mit dem umfangreichen Themenkomplex „Zukunft der Arbeit, nachhaltiges Konsumverhalten und nachhaltige Lebensstile“ beschäftigt habe. Dieser Berichtsentwurf liege auf Kommissionsdrucksache 17(26)100 vor. Sie persönlich bedauere den geringen Zeitrahmen, der dafür zur Verfügung gestanden habe, da alle drei Themen für unsere zukünftige Gesellschaft von großer Bedeutung seien. An vielen Stellen des Berichtes fänden sich deshalb auch Hinweise darauf, dass noch Forschungsbedarf bestehe. Zum Ablauf der Sitzung führt sie aus, dass zunächst die Abg. Frau Sabine Leidig als Vorsitzende der Projektgruppe eine Einführung geben werde, der sich eine Diskussion der einzelnen Themenblöcke anschließe.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) führt aus, dass die Arbeit in der Projektgruppe 5 für alle Mitwirkenden bereichernd gewesen sei, insbesondere angesichts der lebensnahen Themenfelder wie der Perspektiven der Menschen und ihrer Lebensqualität. Aufgrund des geringen zur Verfügung stehenden Zeitraums von etwa einem Jahr habe die Projektgruppe leider keine Chance gehabt, alle gestellten Aufgaben umfassend zu bearbeiten. Die Aufgabenfelder seien auf das Ziel konzentriert worden, eine gesellschaftliche Entwicklung zu fördern, die ein nachhaltiges Wirtschaften praktiziere. Es habe eine Verständigung gegeben, dass die Ermöglichung qualitativ guter Arbeit für alle Menschen eine wichtige Voraussetzung dafür sei. Dies gelte sowohl für Erwerbsarbeit wie für Nicht-Erwerbsarbeit. Alle Menschen sollten einen nachhaltigen Konsum und einen attraktiven Lebensstil praktizieren können, ohne damit die Lebenschancen der Mitmenschen wie beispielsweise im globalen Süden oder zukünftiger Generationen einzuschränken. Beim Thema Zeitbudgets sei deutlich geworden, dass es bei längeren Arbeitszeiten weniger Möglichkeiten gebe, sich um nachhaltigen Konsum zu kümmern. Es habe eine Einigung auf konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik im Bereich Konsum und Lebensstile gegeben. Auch wenn die Frage der Lebensstile eine sehr individuelle sei, so nehme der Staat Einfluss durch die Setzung von Rahmenbedingungen und damit verbundene Wertpräferenzen. Dieser Verantwortung müsse sich die Politik bewusst werden. Eine wichtige Rolle hätten

Geschlechtergerechtigkeit und Unterschiede in den Arbeitsbedingungen, Konsumweisen und Lebensstilen gespielt. Dabei sei auch nach den besonderen Bedingungen für diejenigen gefragt worden, die die Hauptsorge- und Familienarbeit leisteten. Allerdings hätten hier aus Zeitgründen die europäische und globale Dimension oder systematisch besondere Milieus - wie etwa vom Migrationshintergrund geprägte Milieus - nicht systematisch betrachtet werden können. Diese Punkte seien als Bereiche erkannt worden, bei denen sich eine Weiterbearbeitung lohnen würde. Außerdem habe es die Projektgruppe geschafft, bei den verschiedenen Themen immer wieder Beispiele aus lebensnahen Feldern wie die Frage der Ernährung und der Mobilität einzuflechten. Insbesondere beim Kapitel Arbeit seien unterschiedliche Sichtweisen und Positionen deutlich geworden. Es habe aber bereits sehr früh Einigkeit darüber gegeben, dass Konflikte nicht zugespitzt, sondern sichtbar gemacht werden sollten. Das Erreichen von Konsenspositionen sei umso schwieriger gewesen, je näher das Thema mit aktuellen politischen Debatten verknüpft gewesen sei. Es sei aber gelungen, einen Beitrag für den zukünftigen Arbeitsbegriff in der gesellschaftlichen Debatte zu liefern, der mit drei Leitbildern in einer ausführlichen Grafik dargestellt sei. Weiterhin weist sie auf drei Papiere hin, denen die Projektgruppe mehrheitlich eine große Bedeutung beimesse. Dies sei zunächst ein Änderungsantrag mehrerer Kommissionsmitglieder „Suffizienz - weder Mangel noch Übermaß“ auf Kommissionsdrucksache 17(26)104neu. Weiterhin solle das Papier von SV Michael Müller „Gesellschaftliche Modernisierung – Lebensstile, Wertmuster, Reformfähigkeit“ mit einem Kommentar des Abg. Dr. Zimmer auf Kommissionsdrucksache 17(26)107 als Material zu den übrigen Veröffentlichungen der Kommission genommen werden. Kommentierungen weiterer Mitglieder seien bis zum 3. April 2013 erwünscht. Außerdem sei ein Sondervotum „Werbung schafft ständige Konsumanreize und fördert keine Nachhaltigkeit“ auf Kommissionsdrucksache 17(26)106 von drei Projektgruppen-Mitgliedern vorgelegt worden. Eine Schwäche der Projektgruppe wie der gesamten Kommission sei im Übrigen gewesen, dass es nicht gelungen sei, den großen Schatz an zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vorschlägen und konkreten Praxen in die Arbeit mit einzubeziehen. Abschließend dankt sie allen, die in der Projektgruppe so intensiv mitgearbeitet hätten, und hebt besonders Dr. Wolfram Backert und Annekathrin Müller aus dem Kommissionssekretariat hervor.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schließt sich dem Dank an alle Beteiligten an. Nachdem es keine Diskussionswünsche zum Einleitungstext in Kapitel 1 gebe, solle mit der Diskussion zu Kapitel 2 begonnen werden, das sich mit Lebensstilen und Nachhaltigkeit beschäftige. Zum Vorschlag der Projektgruppen-Vorsitzenden Abg. Sabine Leidig, im Anschluss aufgrund der näheren inhaltlichen Verknüpfung das sich mit dem Konsum befassende Kapitel 4 zu diskutieren, gibt es keinen Widerspruch. Danach werde dann das Kapitel 3 zu Arbeit und Nachhaltigkeit aufgerufen. Sie eröffnet die Aussprache zu Kapitel 2.

SV Prof. Hanns Michael Hölz spricht für die Koalition und erläutert das mit seinem Kollegen Abg. Dr. Hermann Ott als Kapitelpaten der Opposition abgesprochene Verfahren, abwechselnd auf die einzelnen Textteile einzugehen. Er und Abg. Dr. Ott würden sich als Kapitelpaten zunächst ausdrücklich dem Dank an das Sekretariat anschließen wollen, weil dort vor allem eine notwendige Grundlagenarbeit geleistet worden sei. Das Kapitel sei ein Konsenspapier. Bei der anfänglichen Begriffsklärung habe es eine Konzentration auf das Thema Lebensstil gegeben, worunter eine bestimmte Organisationsstruktur des individuellen Alltagslebens zu verstehen sei. Dem schließe sich eine intensive Auseinandersetzung mit vorliegenden Analysen wie beispielsweise der Sinus-Milieustudie an. Eine ausführliche Befassung habe es dabei mit den Kategorien für einen nachhaltigen Lebensstil gegeben.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht für die Opposition und lobt die Zusammenarbeit in der Projektgruppe, die zu einer guten Verständigung in den wesentlichen Punkten geführt habe. Beim nachhaltigen Lebensstil gebe es im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit viel Material, während für einen sozial nachhaltigen Lebensstil noch Forschungsbedarf bestehe. Die Kategorien für einen ökologisch nachhaltigen Lebensstil könnten mit den Begriffen „besser, anders und weniger“ oder technisch mit Effizienz, Konsistenz und Suffizienz bezeichnet werden. Effizienz bedeute, mit weniger Energie- und Ressourceneinsatz ähnliche Ergebnisse zu erzielen, was gleichermaßen ökologisch wie ökonomisch sinnvoll sei. In der Projektgruppe 3 sei aber bereits darauf hingewiesen worden, dass Effizienzstrategien alleine nicht ausreichen würden, weil sie durch sogenannte „Rebound“- oder „Rückschlags“-Effekte wieder aufgefressen würden. Deshalb müsse eine Ergänzung durch andere Strategien erfolgen. Eine solche Strategie sei Konsistenz, worunter ein Wirtschaften im Rahmen der natürlichen

Systeme zu verstehen sei wie erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft. Suffizienz schließlich bedeute Selbstbegrenzung und Maßhalten. Bei einer Abhängigkeit unserer Wertschätzung vom Kauf und Konsum materiell angesehener Güter würde es dagegen Rebound-Effekte in hohem Maße geben. Daraus ergebe sich die Frage nach den Werteeinstellungen, die einen nachhaltigen Lebensstil begünstigen würden. Ökologisches Bewusstsein falle jedenfalls nicht unbedingt zusammen mit einem ökologisch nachhaltigen Lebensstil. Die Politik und andere gesellschaftliche Gruppen würden hier eine wichtige Rolle spielen, da dem Einzelnen alleine ein nachhaltiges Verhalten schwerfalle, wenn die Bedingungen dem nicht entsprächen.

SV Prof. Hanns Michael Hölz geht auf die Akteure ein, die einen Einfluss auf die Förderung nachhaltiger Lebensstile hätten. An erster Stelle sei hier die Zivilgesellschaft zu nennen. Einzelne gesellschaftliche Gruppen könnten mit ihrer Überzeugung, ihrer Vorbildfunktion und ihrem demokratischen Verständnis wichtige Beiträge zu Veränderungen leisten. Im Unternehmensbereich gebe es bereits viele Ansätze für nachhaltigkeitsorientiertes Handeln, das aber weiterer Transparenz und zusätzlicher regulatorischer Komponenten bedürfe. Neben Genossenschaften seien auch die Medien zu nennen, deren Selbstverantwortung für Nachhaltigkeit neu überprüft werden sollte.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt, dass die Politik eine wesentliche Rolle spiele, da ihr das Allgemeinwohl anvertraut sei. In jeder Gesellschaft greife der Staat ein und setze unterschiedliche Rahmenbedingungen etwa bei der Verkehrsinfrastruktur, dem öffentlichen Nahverkehr, dem Bildungssystem oder den Nahrungsmittelhygienevorschriften. Der Staat habe die Aufgabe, einen Rahmen zu setzen, in dem Einzelne in größtmöglicher Freiheit einen Lebensstil wählen könne, der im Einklang mit ökologischen Anforderungen stehe.

SV Prof. Hanns Michael Hölz erläutert, dass die Handlungsalternativen unter sechs Begriffen zusammengefasst worden seien, und geht auf die drei Bereiche Bildung, Wohnen sowie nachhaltiges Marketing und Produktdesign ein.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass im Bereich Ernährung vegetarische Ernährungsweisen gefördert und regionale Kreisläufe gestärkt werden sollten. Im Bereich Mobilität sollte der Wandel vom motorisierten Individualverkehr hin zu Fortbewegungsmitteln mit

ökologisch nachhaltigeren Antriebsformen und gemeinschaftlichen Verkehrsformen unterstützt werden. Der letzte Bereich sei die Förderung zivilgesellschaftlicher Innovationen wie beispielsweise durch Genossenschaften, die sich der Energieerzeugung, dem Wohnen oder der Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen widmeten. Außerdem sollten Warenbeziehungen stärker durch soziale Beziehungen ersetzt werden wie beispielsweise bei Reparaturbörsen, Tauschringen und Nutzungsgemeinschaften.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) begründet die von ihm eingebrachten Sondervoten und verweist auf die unterschiedlichen Sichtweisen, inwieweit der Einzelne eigenbestimmt Konsumententscheidungen treffen oder der Staat Vorgaben machen sollte. So sei die Frage sehr schwierig, wer konkret über den Ressourcenumgang entscheiden solle, was im Sondervotum auf S. 27 des Berichtsentwurfs ausgeführt werde. Ihm und seiner Fraktion gehe es um eine vernünftige Bildung, damit die Menschen freie Entscheidungen treffen könnten, was aus ihrer Sicht nachhaltig sei und was nicht. Mit seinem Sondervotum zum Fleischkonsum auf Kommissionsdrucksache 17(26)111 plädiere er für eine bessere Aufklärung über verschiedene Ernährungsstile, damit der Einzelne selbst darüber entscheiden könne und ihm nicht etwa vorgegeben werde, an welchem Tag welche Speisen eingenommen werden sollten.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) findet die Debatte um das Thema Suffizienz zu reduziert und mit unberechtigten Befürchtungen belegt. Die richtige Übersetzung sei nicht „weniger“, sondern „genug“, und das heiße genug für alle, wobei es weder einen Mangel noch ein Übermaß gebe. Dies sei die Perspektive für eine Lebensweise, die von allen angestrebt werden sollte. Im Bereich der Ernährung könne dies für Kinder, die ohne Frühstück zur Schule gehen und dort kein warmes Mittagessen erhalten würden, eine umfassende gute Schulverpflegung bedeuten. Dagegen würde die Vernichtung von einem Viertel unserer Lebensmittel einen Überfluss aufzeigen, der nicht gebraucht würde. Auch die Arbeit sei höchst ungleich verteilt.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge spricht für Fraktion der CDU/CSU und erläutert, dass er nicht vollständig von den Ausführungen im Berichtsentwurf überzeugt sei. Die Verwendung des Begriffes „nachhaltig“ sei inflationär und unpräzise. Der Zusammenhang zu individuellen Verhaltensweisen sei unklar. Bei den Handlungsempfehlungen werde auf konkrete Vorschriften für das Verhalten des Einzelnen abgezielt, aber kaum

darüber gesprochen, inwieweit soziale Innovationen Ergebnis von top-down-Rahmensetzungen des Staates sein könnten. Es werde sehr wenig Vertrauen in den einzelnen Bürger oder die Gemeinschaften gesetzt, selber innovativ zu werden. Dabei würden beispielsweise carsharing-Initiativen das Gegenteil beweisen. Außerdem fehle ihm völlig die Diskussion darüber, welche der vorgeschlagenen Lebensstilveränderungen attraktiv seien für die Nachahmung in anderen Teilen der Welt, hauptsächlich in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nimmt Stellung zur Kritik von SV Prof. Bettzüge und führt aus, dass jede Gesellschaft das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohlinteressen austarieren müsse. Die Vorschläge für politische Instrumente seien eindeutig darauf gerichtet, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen nachhaltige Lebensstile ermöglicht würden. Dabei gehe es weder um Vorschriften noch darum, sich auf gesellschaftliche Antriebskräfte zu verlassen, die sich schon in die richtige Richtung entwickeln würden. Stattdessen seien Wertentscheidungen gefragt, die sich in demokratischen Systemen in Wahlen ausdrückten und in konkrete Politik übersetzt würden. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Innovationen und gemeinschaftlicher Mobilität sowie der Abbau bürokratischer und steuerlicher Hemmnisse seien eine Aufgabe des Staates und der politisch Verantwortlichen. Die globale Attraktivität müsse unabhängig von den für Deutschland als richtig erachteten Maßnahmen gesehen werden.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand spricht für die Fraktion DIE LINKE. und weist den Vorwurf des Abg. Meierhofer zurück, dass mit den gemachten Vorschlägen eine Gängelung des Staates angestrebt würde. Hinsichtlich der Äußerungen von SV Prof. Bettzüge bemerkt er, dass es systematische Grenzen für den Einfluss der Politik auf Lebensstile gebe. Er selbst habe eigentlich zusammen mit SV van Bracht ein Kapitel über Megatrends zur Berücksichtigung der globalen Perspektive verfassen wollen, was aber aus arbeitsökonomischen Bedingungen nicht möglich gewesen sei. Als Forschungsbedarf sei dieser Punkt aber im Berichtsentwurf enthalten.

SV Dietmar Hexel spricht für die Fraktion der SPD und merkt an, dass die meisten Menschen sich weder in Deutschland noch weltweit den Lebensstil aussuchen könnten, sondern unter vorgegebenen Bedingungen leben und arbeiten würden. Er finde es bewundernswert, dass es Menschen gebe, die von sich aus angesichts drohender Katastrophen ihren persönlichen Lebensstil ändern und weniger konsumieren würden. Aber es

sollte auch der Hinweis im Berichtsentwurf ernst genommen werden, dass es in der Geschichte der Menschheit selbst große Religionen nicht geschafft hätten, eine Kultur mit dem Ziel eines vernünftigen Lebensstils zu prägen. Deshalb würden regulatorische Maßnahmen wohl unvermeidbar sein.

Abg. Waltraud Wolff (SPD) beginnt als Kapitelpatin der Opposition mit der Einführung in Kapitel 4 und erläutert zunächst die beiden Extrempositionen zum nachhaltigen Konsum. Zum einen sei davon ausgegangen worden, dass die Konsumenten durch ihre Auswahl und Konsumententscheidungen Treiber der Unternehmen in Richtung einer nachhaltigen Produktion und Produktionspalette geworden seien. Zum anderen sei diese Konsummacht in Frage gestellt worden, da die Konsumierenden mit den Anforderungen an einen nachhaltigen Konsum überfordert seien. Dafür würden ihnen die Zeit, die nötigen Informationen und das entsprechende Angebot fehlen. Diese beiden Positionen seien als Ausgangspunkt genommen worden. Weiterhin wurde festgestellt, dass der Weg zur Lösung irgendwo in der Mitte liegen würde. Konsum könne zwar Nachhaltigkeit befördern, aber es gebe auch Grenzen. Die Projektgruppe habe dann versucht, die Möglichkeiten, Grenzen und Hindernisse aufzuzeigen sowie die Optionen zur Unterstützung eines nachhaltigeren Konsums darzustellen. Ein Beispiel seien Biosiegel, deren Einführung zum Marktwachstum ökologischer Lebensmittel-Produkte beigetragen habe. Carsharing-Projekte hätten gezeigt, dass Konsumenten auch zu Pionieren werden könnten, als sie begonnen hätten, gemeinsam Autos zu kaufen und zu nutzen. Es gebe aber einen großen Unterschied zwischen dem Bewusstsein und dem Handeln der Verbraucher. Als Hindernisse seien fehlende Informationen zur Produktion oder über Dienstleistungen identifiziert worden. Außerdem würden die wenigsten Konsumententscheidungen bewusst getroffen, sondern aufgrund des eigenen Lebensstils, dem Image von Produkten, eigenen Erfahrungen und der einfachen Verfügbarkeit. Bei der Mobilität würden unterschiedliche Angebote in Städten und ländlichen Räumen dem individuellen Konsum in Bezug auf Nachhaltigkeit Grenzen setzen. Um den gesamten Konsum nachhaltiger zu gestalten, müssten die Produkte, die Produktionsprozesse und die Infrastruktur in den Blick genommen werden. Alle Menschen sollten befähigt werden, ihre Konsumweise zu hinterfragen. Zu den Handlungsempfehlungen gehöre, dass die gesellschaftliche Debatte über einen nachhaltigen Konsum gestärkt werden müsse. Im Bildungsbereich sollte Nachhaltigkeit eine größere Rolle spielen. Der Staat sollte über die

Schaffung von Regeln und Normen dazu beitragen, einen Rahmen für nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Gleichzeitig sei der Staat aber auch Konsument. Deshalb sollten auch bei der öffentlichen Beschaffung alle Kriterien der Nachhaltigkeit konsequent berücksichtigt werden.

SV Prof. Dr. André Habisch spricht als Partnerpate der Koalition und stellt heraus, dass bei diesem Konsenspapier von sehr unterschiedlichen Gesellschaftskonzepten und Menschenbildern ausgegangen worden sei. Wichtig sei die marktwirtschaftliche Perspektive in ihrer Stärke und freiheitsschaffenden Kraft. Gerade wenn weniger staatliche Fremdregulierung und Vorschriften für politisch korrekten Konsum gewollt seien, müsse man mehr Selbstbindung und Selbstregulierung der Verbraucher im Markt befürworten. Deshalb seien wirklich liberale Länder immer diejenigen mit einer starken Zivilgesellschaft und starken informellen Selbstregulierungsprozessen. Grundsätzlich gebe es bei Verbrauchern unterschiedliche Auffassungen über Nachhaltigkeit. Deshalb gehe es nicht darum, eine einheitliche Definition von Nachhaltigkeit vorzugeben, sondern darum, den Verbrauchern bewusst zu machen, welchen Einfluss und welche Verantwortung sie mit ihren Konsumententscheidungen hätten. Dafür seien mehr Informationen über Produktionsbedingungen durch die Unternehmen und eine stärkere Transparenz der Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen nötig. Weiterhin sollte eine Kultur der Achtsamkeit auch unter den Konsumenten entwickelt und in Schulen stärker für bestimmte Dimensionen der Kaufentscheidung sensibilisiert werden. Hier seien auch die Bundeszentrale für Politische Bildung und die Landeszentralen gefordert. Bei Zertifikaten, die als Signale eine wichtige Rolle im Markt spielen würden, sei mehr Transparenz erforderlich. In der Enzyklika von Papst Benedikt XVI. „Caritas in veritate“ werde im Übrigen verantwortlicher Konsum auch als Dimension christlichen Handelns bezeichnet, da in einer zivilisierten Ökonomie nicht nur die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung zum niedrigsten Preis gesucht werden dürfe.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) weist darauf hin, dass zu diesem Kapitel ein Änderungsantrag der SV Dr. Brand und Müller sowie des Abg. Dr. Zimmer und weiterer Kommissionsmitglieder zum Thema Suffizienz auf Kommissionsdrucksache 17(26)104neu vorliege sowie zwei Sondervoten des Abg. Meierhofer zu den Themen Anschaffungszuschüsse auf Kommissionsdrucksache 18(26)110 und Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Kommissionsdrucksache 17(26)112. Außerdem gebe es ein Sondervotum von SV Prof. Brand und ihr selbst zum Thema Werbung auf



Kommissionsdrucksache 17(26)106.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen fragt nach, welche Schlussfolgerungen aus den Aussagen zu sozialen Schwellen für nachhaltigen Konsum in Kapitel 4.2.4 zu ziehen seien. Dort werde lediglich beschrieben, dass Geringverdiener weniger konsumieren würden, aber weniger auf Nachhaltigkeit achteten, während einkommensstarke Gruppen mehr konsumieren würden und dabei mehr auf Nachhaltigkeit achteten. Unklar sei auch der Begriff „verletzliche Konsumenten“. Sie bezweifle außerdem die Aussage in Kapitel 4.2.5, dass berufstätige Frauen nur noch Fertiggerichte verwenden und deshalb nicht mehr nachhaltig konsumieren würden. Im Kapitel 4.2.5 werde auf Seite 116 ausgeführt, dass es wünschenswert wäre, die im Haushalt geleistete Arbeit nicht als unerschöpfliche Ressource wahrzunehmen. Hier sollte der Bezug zur Projektgruppe 2 hergestellt werden, die sich mit dieser Thematik eingehend beschäftigt habe. Sie schlage deshalb vor, dort folgenden Ergänzungssatz einzufügen: „Um der Bedeutung der häuslichen Arbeit Rechnung zu tragen, hat die Enquete-Kommission in ihrem Indikatorensetz eine Hinweislampe aufgenommen.“

SV Prof. Dr. Gert G. Wagner regt an, dann auch darauf hinzuweisen, dass für diese Hinweislampe die statistischen Grundlagen verbessert werden müssten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schlägt vor, diese beiden Aspekte als Fußnote aufzunehmen. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

SV PD Dr. Norbert Reuter bedauert, dass die Erkenntnisse der Projektgruppe 5 nicht in die Beratungen der anderen Projektgruppe hätten einfließen können. Dies gelte insbesondere für die Projektgruppe 1 und mögliche Implikationen für die Frage des Wirtschaftswachstums. So könne sich beispielsweise ergeben, dass vom Lebensstil und dem Konsumverhalten abhängige Entwicklungen auch mit weniger Wachstum möglich seien.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge bemängelt insbesondere die aus seiner Sicht unbefriedigende Definition von nachhaltigem Konsum, die nicht umfassend genug sei. Außerdem fehle in diesem Kapitel leider der Begriff der „Share Economy“, die sicherlich in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen werde. „Share Economy“ kennzeichne eine Entwicklung, die erhebliche Produktivitätspotentiale freisetze und interessanterweise überhaupt nicht vom Staat eingeleitet worden sei, sondern

aus wirtschaftlicher Innovationsaktivität resultiere. Dies sei ein sehr gutes Beispiel dafür, dass eine freiheitliche Zivilgesellschaft auch ohne den Staat auf gute Ideen kommen könne, während das Kapitel dagegen sehr einseitig den Eindruck vermittele, dass eine gute Entwicklung nur aus staatlichen Initiativen heraus möglich sei.

Abg. Waltraud Wolff (SPD) erinnert im Hinblick auf die Frage der SV Prof. Jochimsen nach den sozialen Schwellen an die Anhörung mit Frau Prof. Dr. Lucia Reisch, die - wie die Projektgruppe - lediglich eine Beschreibung vorgenommen habe und keine Bewertung. Die Fußnote Nr. 89 auf Seite 33 mit den Aussagen über berufstätige Frauen und Fertigprodukte sei nur ein Bezug auf eine Beschreibung. Der Begriff „verletzliche Konsumenten“ sei vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernommen worden.

SV Dietmar Hexel geht davon aus, dass in diesem Kapitel die Rolle der Konsumenten überschätzt werde. Wenn das bisherige Leitbild besage „konsumiere oder kaufe, dann bist Du glücklich“, so sei die Frage, welches andere Leitbild angestrebt werden solle etwa nach dem Motto „kaufe nicht, lebe“. Außerdem wünsche er sich eine Antwort auf die Frage, inwieweit der Staat beim Konsumverhalten von Eliten eingreifen sollte wie etwa in Form einer anderen Besteuerung auf die Zweit- oder Drittwohnung.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) bezieht sich auf die Abbildung auf Seite 122 zum Zusammenspiel von Akteuren, Faktoren und Angebot beim Konsum, das aus ihrer Sicht fälschlicherweise als Addition dargestellt sei. Sie bittet die Autoren um Prüfung, ob sie bereit seien, dies vielmehr als Wechselbeziehung dazustellen, da natürlich beispielsweise das Angebot auch Einfluss auf das Verhalten von Akteuren habe. Außerdem sollten in den Kreis der dort im mittleren Feld genannten Faktoren auch „Preis“ und „Zugangsmöglichkeit“ aufgenommen werden.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) begründet sein Sondervotum zu Anschaffungszuschüssen auf Kommissionsdrucksache 18(26)110 mit der Schwierigkeit der Abgrenzung des Personenkreises und der betreffenden Produkte. Zu seinem Sondervotum über die verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Kommissionsdrucksache 17(26)112 erläutert er, dass eine wie im Berichtsentwurf empfohlene Verpflichtung sich nicht nur auf die genannten großen Unternehmen, sondern auch auf mittelständische Zulieferbetriebe auswirken würde und daher abzulehnen sei. Der Änderungsantrag „Suffizienz - weder Mangel noch Übermaß“ von den SV Prof.

Brand und Müller sowie dem Abg. Dr. Zimmer auf Kommissionsdrucksache 17(26)104 hebe die Suffizienz, die bisher ausgewogen zusammen mit den Themen Effizienz und Konsistenz behandelt worden sei, zu sehr hervor. Ihm fehle dabei, wie von SV Prof. Bettzüge bereits erwähnt, auch die internationale Dimension. Er bezweifle, dass Menschen in nicht so weit entwickelten Ländern von der Sinnhaftigkeit eines Verzichts überzeugt werden könnten. Er setze eher auf technologische Fortschritte. Interessanterweise werde in dem Änderungsantrag auch erwähnt, dass für einen Richtungswechsel auf mobile Technologien und soziale Netzwerke zurückgegriffen werden solle, was aber andererseits schwierig sei, wenn gleichzeitig Wachstum kritisch betrachtet und somit eine technologische Entwicklung verhindert werde. Außerdem sei fraglich, wer über die Definition von Mangel und Übermaß entscheide.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass die Beobachtung von SV Prof. Bettzüge zutreffe, wonach der Nachhaltigkeitsbegriff nicht direkt übersetzbar sei auf individuelles Verhalten. Er schlägt deshalb vor, das Sekretariat zu ermächtigen, auf Seite 25 bei den Kategorien für einen nachhaltigen Lebensstil diese Übersetzung anhand eines Zitats des Philosophen Hans Jonas einzufügen, der den Kant'schen Imperativ um die ökologische Sphäre erweitert habe mit dem Imperativ „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf diesem Planeten“. Zur Frage der Zertifikate und Labels führt er aus, dass angesichts der großen Vielzahl strengere Regeln nötig seien. Im Prinzip müsste sogar ganz ohne Zertifikate und Labels ausgekommen werden, indem Lebensmittel über Regulierungen grundsätzlich gesundheitliche und hygienische Anforderungen sowie Nachhaltigkeitskriterien erfüllen würden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) bittet den Abg. Dr. Ott, seinen Änderungsvorschlag für Seite 25 zu präzisieren und mit den zuständigen Kapitelpaten zu besprechen, damit darüber abgestimmt werden könne.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand schlägt vor, die von SV Prof. Bettzüge angesprochene „Share Economy“ in die Auflistung des Forschungsbedarfs aufzunehmen. Den Änderungsvorschlag der Abg. Frau Bulmahn zur Abbildung auf Seite 122 zur anderen Verknüpfung der einzelnen Felder halte er für plausibel. Hinsichtlich der Kritik von SV Frau Jochimsen zur Berufstätigkeit von Frauen und der damit verbundenen Nachfrage nach Fertiggerichten sollte die zugrunde liegende Dissertation genannt werden, die diesen Zusammenhang empirisch belege. Zum Suffizienzbegriff und

der Kritik des Abg. Meierhofer erklärt er, dass Suffizienz nicht Verzicht bedeute und offensichtlich einer näheren Erläuterung wie in diesem Änderungsantrag bedürfe. Zum von ihm und der Vorsitzenden Abg. Kolbe eingebrachten Sondervotum „Werbung schafft ständige Konsumanreize und fördert keine Nachhaltigkeit“ auf Kommissionsdrucksache 17(26)106 führt er aus, dass Außenwerbung die Gefahr von Stress und Manipulation berge. Die in diesem Antrag enthaltenen Argumente der Gruppe „Die Reklamierer\*innen“ sollten als zusätzliches zivilgesellschaftliches Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Bei seinem Sondervotum „Weniger Konsum“ auf Kommissionsdrucksache 17(26)103 gehe es darum, die Ergebnisse der Projektgruppe 3 ernst zu nehmen, wonach technologische Innovationen nicht ausreichen, sondern eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen nötig sei.

SV Michael Müller betont, dass es nicht um die Frage gehe, ob Wachstum befürwortet oder abgelehnt werde, sondern ob sich das Prinzip der Nachhaltigkeit durchsetze. Im Gegensatz zu den Äußerungen von SV Prof. Bettzüge sehe er Nachhaltigkeit als regulatives Prinzip sowohl für individuelles Verhalten als auch für gesellschaftliche Organisationsformen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) eröffnet die Debatte zu Kapitel 3, das sich mit Arbeit und Nachhaltigkeit beschäftige.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind erläutert als Kapitelpate für die Opposition, dass in diesem Kapitel die Konfliktlinien zum Thema Arbeit sauber herausgearbeitet worden seien und damit eine gute Grundlage für die politische Debatte geschaffen worden sei. Insbesondere mit der Abbildung auf S. 82 zu den Typisierungen künftiger Arbeitsleben, die er eingehend erläutert, seien die Debattenlinien in der Kommission gut nachzuvollziehen.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) glaubt als Kapitelpate der Koalition, dass das Arbeitskapitel am nächsten an der Politik gewesen sei und es deswegen ausgesprochen schwierig gewesen sei, zu konsensuellen Handlungsempfehlungen zu kommen. Dafür konnten mit der bereits beschriebenen Typisierung die Verwerfungslinien und möglichen Optionen in besonders glücklicher Weise dargestellt werden. Typenübergreifend sei ihm die große Bedeutung von Bildung und Ausbildung wichtig. Während Ausbildung lediglich auf die Vermittlung von Fertigkeiten und verwendbarem technischen Wissen abziele, habe Bildung einen etwas breiteren Anspruch und könne vielleicht durch die Vermittlung von

Werten über Wachstumsdefizite hinweghelfen. Einigkeit habe es bei einer Empfehlung an die Länder gegeben, die mittlerweile 16.000 unterschiedlichen Bachelor-Studiengänge mit einem philosophischen Studium Generale zu ergänzen, um die Reste ganzheitlicher Bildung im 21. Jahrhundert bewahren zu helfen. Abschließend erläutert er, dass eine Stärkung der Instrumente Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung einen positiven Einfluss auf Entkopplung im weiteren Sinne haben könne.

SV Prof. Dr. Anke Hassel hält die genannte Typisierung für einen wichtigen Beitrag und neuen Impuls für die wissenschaftliche Diskussion zum Thema Arbeitsmarkt. Sie geht auf die einzelnen Impetustypen ein und begründet ihre Präferenz für den Typ 2, der von einem System der Vollbeschäftigung ausgehe, das zentral an Erwerbsarbeit ansetze, diese aber neu organisiere und verteile. Dies sei auch eine wichtige Grundlage für die sozialen Sicherungssysteme. Eine wichtige Veränderung sei die Umverteilung der Arbeitszeiten. Die Grafik auf Seite 73 zeige die gegenwärtig große Diskrepanz zwischen den tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten von Frauen und Männern in Deutschland. Demnach seien Frauen mehrheitlich teilzeitbeschäftigt und wollten ihre Arbeitszeit tendenziell erhöhen, während dies bei Männern genau umgekehrt sei. Männer strebten mehrheitlich eine Vollzeitbeschäftigung an, die aber bei 40 Stunden pro Woche liegen sollte. Über 20 Prozent der Männer arbeiteten dagegen wöchentlich über 49 Stunden, was aber fast niemand möchte. Deshalb plädiere sie für das Modell der kurzen Vollzeit.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erläutert die vorgelegten Sondervoten zu diesem Kapitel. Diese seien ein Sondervotum des Abg. Meierhofer zum philosophischen Studium Generale auf Kommissionsdrucksache 17(26)109 und ein Änderungsantrag von SV Prof. Brand und ihr selbst zum Thema Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt auf Kommissionsdrucksache 17(26)105neu.

SV Dietmar Hexel fragt, warum das von dem Philosophen Frithjof Bergmann entwickelte Konzept der „Neuen Arbeit“ nicht - wie von der Projektgruppe 3 empfohlen - in der Projektgruppe 5 aufgenommen und weiterdiskutiert worden sei. Bei der Bewertung flexibler Beschäftigungsformen auf den Seiten 63 und 64 fehle ihm ein Hinweis darauf, dass viele Menschen ihren Lebensunterhalt aus solchen zusätzlichen Arbeitsverhältnissen nicht bestreiten könnten. Außerdem vermisse er Aussagen zur zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft, die eine dramatische Veränderung der Arbeitsorganisation und einen großen Verlust an

Arbeitsplätzen zur Folge haben würde.

SV PD Dr. Norbert Reuter freut sich darüber, dass in der Arbeitsgruppe 5 einige Punkte wie etwa kürzere Vollzeit für alle im Konsens aufgenommen worden seien, während dies in der Projektgruppe 1 nur im gesonderten Oppositionsteil möglich gewesen sei. Ihm sei der Punkt 3.4.3.5 „Gesetzlicher Mindestlohn bzw. Lohnuntergrenze“ aufgefallen, zu dem auf Seite 89 leider nur 3 Zeilen zu finden seien, obwohl dies als gesellschaftliches Thema ersten Ranges in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert werde. Außerdem sollten beim Thema Mitarbeiterkapitalbeteiligung noch nähere Aussagen zur Struktur und Finanzierung gemacht werden.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) hat zwar Verständnis für die Forderung nach einem philosophischen Studium Generale, hält es aber für falsch, dies verbindlich für alle Bachelor-Studenten vorzuschreiben. Möglicherweise wäre etwa ein verpflichtendes Makro- oder Mikro-Ökonomiegleichmaßen wünschenswert. Vermutlich würde dies aber ein Zusammenschmelzen der für die einzelnen Studiengänge nötigen Fachinformationen zur Folge haben. Deshalb spreche er sich in seinem Sondervotum auf Kommissionsdrucksache 17(26)109 dagegen aus.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) plädiert dafür, beim Thema Arbeitszeitverteilung einen Bezug zum Bericht der Projektgruppe 1 aufzunehmen, in der dieser Punkt ebenfalls diskutiert worden sei. Sie habe auch keinen Hinweis darauf gefunden, dass Frauen trotz guter Ausbildung besonders von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen seien. Sie bittet deshalb, diesen Punkt noch aufzunehmen oder auch dort einen Hinweis auf die entsprechende Diskussion in der Projektgruppe 1 zu machen. Ihr würden weiterhin Hinweise fehlen, wie eine Veränderung bei der Vollzeitarbeit hin zu einer kleinen Vollzeit möglich sei. Sie halte darüber hinaus beim Thema Ausbildung die Aussagen auf Seite 78 für falsch, dass dort insbesondere Fähigkeiten vermittelt würden, die darauf abzielten, materielle Werte und Wachstum zu generieren. Ein Blick in die aktuellen Ausbildungsordnungen würde zeigen, dass dort oft auch die Themen Gesellschaftspolitik, Arbeitsrecht und Nachhaltigkeit aufgegriffen würden. Sie bittet um eine Korrektur und kündigt an, für die nächste Sitzung einen entsprechenden Änderungsvorschlag vorzulegen. Beim Thema Weiterbildung habe sie keine Vorschläge für diejenigen mit einer schlechten Erstausbildung gefunden, was aber notwendig sei.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) weist darauf hin, dass das Thema Mitarbeiterbeteiligung in der Projektgruppe nicht nur unter dem Aspekt der finanziellen Beteiligung gesehen worden sei, sondern angesichts der tendenziellen Überforderung der Beschäftigten durch die hohe übertragene Verantwortung auch unter dem Aspekt der Mitbestimmung über die betrieblichen Rahmenbedingungen. Als Argument für die Notwendigkeit einer besseren Mitwirkung der Arbeitnehmer zitiert sie eine bei der Deutschen Bahn durchgeführte Umfrage, wonach 50 Prozent der Beschäftigten die Anweisungen des Managements für nicht sachdienlich hielten.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht den Aspekt des Arbeitslebens als soziale Veranstaltung an, den er im Berichtsentwurf nicht gefunden habe. Ihm würden auch Aussagen zur Arbeitsverdichtung fehlen, die beispielsweise von einer hohen Fluktuation der Auftragslage und Zeitkonten gekennzeichnet sei.

SV Prof. Dr. André Habisch sieht die Grafik zu Typisierungen künftiger Arbeitsleben kritisch, da die einzelnen Diskurse nicht völlig voneinander zu trennen seien und nicht parteipolitisch zugeordnet werden könnten. Eine Weiterbearbeitung dieses Themas wäre wünschenswert.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge schlägt in Abstimmung mit dem Abg. Dr. Zimmer vor, auf Seite 80 ab Zeile 2897 folgenden neuen Satz einzufügen: „Die Chancen, die sich aus der Bologna-Reform für die Einführung interdisziplinärer Studiengänge auf Bachelor-Niveau ergeben haben, könnten von den Hochschulen noch umfassender genutzt werden.“ Im folgenden Absatz solle der erste Satz wie folgt neu formuliert werden: „Die Enquete-Kommission empfiehlt darüber hinaus, dass die für die Inhalte der Bildungspolitik zuständigen Länder gebeten werden zu prüfen, ob und welche der angebotenen Studiengänge durch ein Studium Generale mit den Schwerpunktbereichen Politikwissenschaften, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften ergänzt werden können, um Reste ganzheitlicher Bildung im 21. Jahrhundert bewahren zu helfen.“

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) bedauert noch einmal die Kürze der gegebenen Zeit, in der nicht alle Aspekte der Arbeit ausreichend hätten behandelt werden können. Dabei seien die Fragen des Abg. Dr. Gambke zur Arbeitszeit sehr wohl diskutiert und in der Grafik zu Typisierungen künftiger Arbeitsleben bei den Impetus-Typen aufgenommen worden, was dort jeweils blau unterlegt sei. Die Projektgruppe habe auch die von der Abg. Bulmahn aufgeworfene Frage der Frauenerwerbstätigkeit und Ge-

schlechterdifferenzierungen durchaus im Blick gehabt und dies beispielsweise in den Kapiteln 3.3.2 und 3.4.3.4 aufgegriffen. Es sei durchaus klar, dass Ausbildungsordnungen mittlerweile auch reine Bildungsinhalte umfassten. Hier sei es jedoch eher um eine idealtypische Differenzierung gegangen. Die von SV Hexel erwähnte Digitalisierung der Wirtschaft sei bei der organisatorischen Revolution teilweise mit angesprochen worden. Mitbestimmung und die Kritik an flexiblen Beschäftigungsformen seien nicht in der Tiefe erörtert worden, auch weil dies wahrscheinlich zu einer politischen Auseinandersetzung geführt hätte, die für die Projektgruppe nicht weiterführend gewesen wäre. Es sei wünschenswert, in der nächsten Legislaturperiode mit den jetzt aufgeworfenen und nicht abschließend behandelten Fragen weiterzuarbeiten.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) zieht sein Sondervotum zum Studium Generale auf Kommissionsdrucksache 17(26)109 aufgrund des von SV Prof. Bettzüge vorgetragenen Vorschlags zu diesem Thema zurück.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft die Abstimmungen auf, die kapitelweise erfolgen sollen, und stellt zunächst *Kapitel 1*, das die Einleitung sei, zur Abstimmung.

Das *Kapitel 1* wird einstimmig beschlossen.

Sodann ruft sie *Kapitel 2* zum Thema Lebensstile auf, zu dem zwei Sondervoten auf Kommissionsdrucksachen 17(26)111 und 17(26)113 vorlägen, die so mit aufzunehmen seien.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, dass er mit dem Kapitelpaten der Koalition versucht habe, den Einwand von SV Prof. Bettzüge hinsichtlich der Nachhaltigkeit aufzunehmen. Er schlägt vor, die Fußnote 24 auf Seite 23 wie folgt zu ergänzen: „Die Übersetzung dieses gesellschaftlichen Projekts in die individuelle Sphäre ist nicht einfach. Ein früher philosophischer Ansatz findet sich bei Hans Jonas: Handle so, dass die Wirkungen Deines Handelns vereinbar sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf der Erde.“

SV Prof. Dr. Ulrich Brand stimmt diesem Vorschlag zu, betont aber, dass er nicht die Interpretation teile; der als Ausgangspunkt der Fußnote genannte Brundtland-Report würde nur die gesellschaftliche Nachhaltigkeit behandeln. Nachhaltigkeit habe vielmehr einen hohen normativen Bindungswert auch für Individuen.



Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt über diesen Änderungsvorschlag abstimmen. Der Änderungsvorschlag wird einstimmig angenommen. Auf den Einwand des Abg. Bernschneider, der diese Abstimmung über einen nicht schriftlich vorliegenden Änderungsantrag für schwierig hält, sagt sie zu, ihm diesen jetzt bereits beschlossenen Vorschlag in schriftlicher Form zur Kenntnis zu geben. Sollte er nach Prüfung der schriftlichen Vorlage Einwände haben, würde dieser Punkt in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen. Abg. Bernschneider stimmt diesem Verfahren zu.

Anschließend ruft sie die Abstimmung über das *Kapitel 2* in vorerst geänderter Fassung auf.

Das *Kapitel 2* wird ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Sodann ruft sie *Kapitel 3* auf, zu dem ein Änderungsantrag zum Thema Flüchtlinge auf Kommissionsdrucksache 17(26)105neu vorläge. Sie stellt fest, dass es keinen Widerspruch gegen die Aufnahme des Änderungsantrags in das Kapitel 3 gebe. Weiterhin gebe es Änderungswünsche der Abg. Bulmahn.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) erläutert, dass ihr beim Thema Frauen und prekäre Arbeitsverhältnisse ein Hinweis auf die umfassende Darstellung dieses Punktes im Bericht der Projektgruppe 1 als Fußnote ausreiche. Beim Thema Ausbildung schlägt sie vor, in Zeile 2830 auf Seite 78 nach dem Wort „einher“ folgenden Satz einzufügen: „Bereits jetzt finden sich in den Berufsausbildungsordnungen auch gesellschaftspolitische, nachhaltige und berufsethische Bildungsziele. Dies weiterzuentwickeln und immer wieder anzupassen, ist eine wichtige Aufgabe auch in der beruflichen Bildung.“

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt über diese Änderungsvorschläge abstimmen. Die Änderungsvorschläge werden einstimmig angenommen.

Nach einer Diskussion über den Vorschlag von SV Prof. Bettzüge zum Thema Studium Generale solle auf Seite 80 ab Zeile 2897 nach dem Wort „Konsumenten“ folgender Satz eingefügt werden: „Die Chancen, die sich aus der Bologna-Reform für die Einführung interdisziplinärer Studiengänge auf Bachelor-Niveau ergeben haben, könnten von den Hochschulen noch umfassender genutzt werden.“ Im folgenden Absatz soll der erste Satz wie folgt neu formuliert werden: „Die Enquete-Kommission empfiehlt darüber hinaus, dass die für die Inhalte der Bildungspolitik zuständigen

Länder gebeten werden zu prüfen, ob und welche der angebotenen Studiengänge durch ein Studium Generale ergänzt werden können, das philosophische, politische, wirtschaftliche, soziale und naturwissenschaftliche Aspekte umfasst, um Reste ganzheitlicher Bildung im 21. Jahrhundert bewahren zu helfen.“ Die Vorsitzende lässt über diese beiden Vorschläge abstimmen. Die Vorschläge werden einstimmig angenommen.

Anschließend führt die Vorsitzende die Abstimmung über das *Kapitel 3* durch.

Das *Kapitel 3* wird ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Sodann ruft sie das *Kapitel 4* auf, zu dem drei Sondervoten auf Kommissionsdrucksachen 17(26)106, 17(26)110 und 17(26)112 vorlägen, die aufzunehmen seien, sowie ein Änderungsantrag zum Thema Suffizienz auf Kommissionsdrucksache 17(26)104neu. Sie lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Der Änderungsvorschlag wird bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

Außerdem solle auf Kommissionsdrucksache 17(26)103 ein bereits berater und versehentlich gelöschter Textteil wieder aufgenommen werden. Dazu erhebe sich kein Widerspruch.

Auf S. 122 sollen bei der Grafik zum Thema Konsum die drei Felder statt mit einer Gleichung durch Pfeile verbunden werden. Außerdem sollen im mittleren Feld die Begriffe „Preis“ und „Zugangsmöglichkeit“ ergänzt werden. Dazu erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend führt sie die Abstimmung über *Kapitel 4* durch.

Das *Kapitel 4* wird ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Sodann ruft sie *Kapitel 5* auf, das sich mit offenen Forschungsfragen beschäftige und nicht diskutiert worden sei. In der Diskussion sei vorgeschlagen worden, dort auch den Bereich „Share Economy“ aufzunehmen. Dazu erhebe sich kein Widerspruch. Das Sekretariat werde ermächtigt, die konkrete Formulierung vorzunehmen.

Anschließend lässt die Vorsitzende über *Kapitel 5* abstimmen.

Das *Kapitel 5* wird einstimmig beschlossen.

Abschließend führt sie die Abstimmung über den gesamten Berichtsentwurf durch.

Der Berichtsentwurf wird einstimmig beschlossen.

Die Kommission ermächtigt das Sekretariat, redaktionelle Anpassungen und Aktualisierungen bis zur Vorlage der endgültigen Berichtsfassung vornehmen zu dürfen.

**Tagesordnungspunkt 2**

Bericht aus der Projektgruppe 2

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft den Bericht aus der Projektgruppe 2 auf, die heute getagt habe.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) berichtet als Vorsitzende der Projektgruppe 2, dass sich die Projektgruppe mit der Namensfindung und der grafischen Darstellung des Wohlstandsindikatorenansatzes beschäftigt und ein weiteres Gespräch mit der ausgewählten Agentur geführt habe. Die Projektgruppe habe sich dabei auf ein Signet mit den Nationalfarben schwarz-rot-gold geeinigt. Außerdem habe es eine intensive Diskussion zu den Namensvorschlägen gegeben. Die Agentur sei beauftragt worden, die Vorschläge nochmals zu überarbeiten, über die die Projektgruppe dann in einer weiteren Sitzung an diesem Freitag entscheiden werde.

**Tagesordnungspunkt 3**

Verschiedenes

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf.

SV Dietmar Hexel fragt, ob die letzte Kommissionssitzung am 15. April 2013 länger als wie üblich bis 16.00 Uhr angesetzt werden könne.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) verweist darauf, dass durch den dann anschließend für 17.00 Uhr geplanten Internetchat gewisse Grenzen gesetzt seien.

Darüber hinaus gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Sie schließt die Sitzung um 16:22 Uhr.

**Schluss der Sitzung: 16:22 Uhr**

Hae/Up



Daniela Kolbe, MdB

**Vorsitzende**